



© Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche hat das Bundeskabinett die Eckwerte für den Haushalt 2020 und für den Finanzplan bis zum Jahr 2023 beschlossen. Damit ist der Rahmen abgesteckt für die regierungsinterne Erarbeitung des Gesetzentwurfs für den Haushalt 2020, den das Kabinett im Sommer ins Verfahren geben wird. Im Herbst soll der Haushalt dann beschlossen und beraten werden. Bis dahin gibt es für uns noch viel zu tun, denn was das Finanzministerium vorgelegt hat, weist eine falsche Schwerpunktsetzung auf und überzeugt insgesamt noch nicht.

Die Union hat sich auf die Fahnen geschrieben, in dieser Legislaturperiode noch mehr für Familien zu tun und sie spürbar zu entlasten. Wir freuen uns, dass es uns gelungen ist, mit den in dieser Woche beschlossenen Maßnahmen, an vielen Stellen bürokratische Hemmnisse zu beseitigen und die Leistungen insgesamt zu erhöhen. Besonders hervorzuheben sind hierbei Verbesserungen beim Kinderzuschlag und beim Bildungs- und Teilhabepaket.

Sehr gefreut hat mich der Besuch der JU Hof-Land sowie einer Konfirmanden-Gruppe aus Erkersreuth. Diese jungen Menschen sind unsere Zukunft und es ist immer wieder bemerkenswert, zu sehen, wie sehr sie sich für politische Themen interessieren.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Eckwerte für den Haushalt 2020: Nachfolgende Generationen nicht vergessen	2
Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen	3
Internationalen Dialog stärken: Austausch mit Delegationen aus Somalia und Kasachstan	4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Kabinett beschließt Eckwerte für den Haushalt des Jahres 2020

Nachfolgende Generationen nicht vergessen

In dieser Woche hat das Kabinett die Eckwerte für den Haushalt beschlossen. Konkret ging es um den Haushalt 2020 und um die Finanzplanung der Folgejahre bis 2023. Das Gute an den von Finanzminister Olaf Scholz vorgelegten Werten ist, dass weder neue Schulden, noch Steuererhöhungen vorgesehen sind. Diese Zusagen haben wir unseren Bürgern gegeben und daran halten wir uns.

Weniger zufriedenstellend ist, dass die Planungen des SPD-geführten Finanzministeriums mehr den Anschein machen, die Wünsche der eigenen Wählerklientel erfüllen zu wollen, als einen klaren Zukunftskurs für Deutschland abzuliefern. Während an Ausgaben für Forschung, Bildung und Infrastruktur gespart werden soll, steigen die Sozialausgaben in die Höhe: Bis 2023 klettern sie auf fast 200 Milliarden Euro. Das sind 53% der gesamten Ausgaben.

Für die Union sind diese Eckwerte zu wenig zukunftsorientiert und bedürfen einer Überarbeitung, bei der man die Prioritäten richtig setzt und vor allem die Generationengerechtigkeit im Blick hat.



„Es geht jetzt darum, Politik für die Zukunft zu machen und vor allem Politik für die nächste Generation.“

<https://www.youtube.com/watch?v=NobwmDBSMgY&feature=youtu.be>

Kindergeldmissbrauch besser bekämpfen

Der Missbrauch von Sozialleistungen ist ein Betrug an unserem Sozialstaat und führt zurecht zu Verärgerung bei denen, die diese Leistungen mit ihren Steuern finanzieren. Auch beim Kindergeld gab es in der Vergangenheit Missbrauchsfälle, meist unter Mitwirkungen krimineller Schlepperbanden, die mithilfe fingierter Unterlagen unrechtmäßig Sozialleistungen beantragen. Gegen den Kindergeldmissbrauch will die Unionsfraktion jetzt noch effektiver vorgehen. Die rückwirkende Beantragung des Kindergelds ist beispielsweise nur noch für sechs Monate möglich. Außerdem muss bei der Beantragung des Kindergeldes nun auch die steuerliche Identifikationsnummer von Eltern und Kind angegeben werden.

Jetzt sollen weitere Maßnahmen folgen. Auf Einladung der Arbeitsgruppe Finanzen wurden daher Vertreter der Kommunen, Familienkassen und des Zolls zu einem Fachgespräch eingeladen, um über den Status quo und mögliche Lösungsansätze zu diskutieren. Derzeit wird im Bundestag ein Gesetzentwurf gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch beraten, in den die Ergebnisse des Gesprächs eingebracht werden sollen.



Faktenblatt

Ein Jahr große Koalition – was die Koalition erreicht hat und in den nächsten Wochen auf den Weg bringt

Die Bundesregierung ist seit einem Jahr im Amt. In dieser Zeit hat die schwarz-rote Koalition schon manches Vorhaben auf den Weg gebracht, was den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Verbesserungen bringt und unserem Land nutzt.

Ein Schwerpunkt dieser Wahlperiode liegt auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Förderung von Familien. Das Baukindergeld erleichtert ihnen den Weg zu den eigenen vier Wänden und wird bereits sehr gut angenommen. Hinzu kommen die Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag und die Förderung von Kitas, für die der Bund in den nächsten Jahren 5,5 Milliarden Euro ausgeben wird. Hier, aber auch bei vielen anderen Themen gilt: die Koalition leistet gute Arbeit im Interesse der Menschen.

Unsere wichtigsten Erfolge des letzten Jahres und Vorhaben der nächsten Wochen sind hier abrufbar:

https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-03/CDUCSU_Faktenblatt_Bilanz_1_Jahr_GroKo.pdf

Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen

Diese Woche haben wir Maßnahmen zur Stärkung insbesondere einkommensschwacher Familien beschlossen. Wir nehmen eine Milliarde Euro zusätzlich in die Hand, um ihre Lebenssituation spürbar zu verbessern. Für uns gilt: Wer sich anstrengt, soll mehr Geld in der Tasche haben.

Die betroffenen Familien dürfen künftig eine größere Summe ihres Einkommens anrechnungsfrei für sich behalten. Im parlamentarischen Verfahren haben wir zudem weitere Verbesserungen insbesondere für Alleinerziehende durchgesetzt, die für ihr Kind Unterhaltsvorschuss beziehen. Daneben schaffen wir faire Bildungschancen für Kinder und Jugendliche aus Familien mit kleinen Einkommen und in der Grundsicherung. Denn: Leistung und Talent sollen über die persönliche Zukunft entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Dafür steht das Bildungs- und Teilhabepaket, eine Idee der Union.

Wichtig ist, dass die Leistungen bei den Kindern ankommen. Deshalb setzen wir das Bildungs- und Teilhabepaket ganz neu auf und investieren dafür über 220 Millionen Euro pro Jahr: Wir verbessern die Leistungen und entlasten dadurch spürbar die Familien. Durch mehr Geldleistungen und pauschale Abrechnungen entbürokratisieren wir das Verfahren für die Behörden, durch weniger Anträge erleichtern wir zugleich den Eltern den Zugang zu den Leistungen.



Deutsch-französisches Abkommen – Für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit

Die Parlamente Deutschlands und Frankreichs, der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale, haben in dieser Woche ein eigenes Abkommen abgeschlossen. Sie wollen damit die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Legislative ausbauen. 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags und mit Bezug auf den im Januar von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs gezeichneten Aachener Vertrag werden die Parlamente so ihrer Verantwortung für die Freundschaft der beiden Staaten gerecht. Die regelmäßige Arbeitsbeziehung soll künftig etwa intensiviert werden. Zu diesem Zweck wird eine eigene deutsch-französische Kammer aus Abgeordneten aus Berlin und Paris gebildet, die mindestens zweimal jährlich zusammentritt. Dort sollen alle bilateralen Themen gemeinsam erörtert werden ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen. Das Abkommen reagiert auf diese Weise auf die zunehmend internationaler werdenden Problemstellungen. Es ist zugleich ein Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft.

Internationalen Dialog stärken

In der vergangenen Woche habe ich den Vizepräsidenten des kasachischen Parlaments getroffen. Ziel ist es die Kooperation mit Kasachstan zu stärken, denn das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert des Dialogs zwischen Europa und Asien. Gerne folge ich der Einladung, im Herbst zu der Interparlamentarischen Konferenz „Greater Eurasia“ nach Astana (seit gestern Nursultan) zu kommen.



Außerdem war letzte Woche auch eine somalische Parlamentariergruppe zu Gast im Deutschen Bundestag, um sich über das föderalistische System in Deutschland zu informieren. Deutschland dient hierbei als gutes Vorbild für viele Länder. Ich freue mich, unsere Erfahrungen mit anderen zu teilen, denn von einem stabil aufgestellten Land profitiert sowohl die Region als auch die ganze Welt.





Europa ist die Zukunft!

Beim Besuch der **Jungen Union Hof-Land** in Berlin stand für die Teilnehmer einiges auf dem Programm. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass wir die Zeit gefunden haben, uns im Bundestag zu treffen und miteinander über ganz aktuelle politische Themen zu diskutieren. Allem voran ging es bei unserem Gespräch um Europa und um die Frage, wie es um die Europäische Union in Zeiten des Brexit und immer stärker werdender populistische Kräfte bestellt ist. Einig waren wir uns darin, dass in Europa unsere Zukunft liegt und dass wir Europäer ohne das Bekenntnis zueinander und ohne ein selbstbewusstes Auftreten für unsere gemeinsamen Interessen, Staaten wie China, Russland und die USA nichts entgegenhalten können.



Europa war ebenfalls das beherrschende Thema bei meinem Gespräch mit einer **Konfirmandengruppe aus Erkersreuth**. Daneben haben wir uns aber auch über viele andere Themen unterhalten, insbesondere über den Klimawandel, mit dem sich viele Schüler intensiv auseinandersetzen. Übereinstimmung herrschte dabei, dass wir alle die Pflicht haben, unsere Schöpfung für die kommenden Generationen zu bewahren.



Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,
Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat